

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garnond-Spaltenszelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Der Staatsminister hat den Supplenten an der k. k. Ober-Realschule in Laibach Emil Ziakowski zum wirklichen Lehrer an dieser Anstalt ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 10. Februar.

Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz beginnen etwas spärlich zu fließen, auch erscheinen sie, seitdem die verbündete Armee die flüchtigen Dänen verfolgt, häufig unklar und verworren, Wahrheit und Gerücht sind gemischt. Aus Schleswig besteht keine direkte Telegraphenverbindung, da die Dänen die Leitungen zerstört. Die Nachrichten müssen nach Kiel und Rendsburg wandern (über das Gefecht bei Deverser hat man seltsamerweise in Holstein die erste Kunde aus Wien erhalten), um von dort durch die elektrischen Drähte weiter befördert zu werden. Bis sie dahin gelangen, wird dem wirklich Geschehenen viel Dichtung beigemischt. So haben die Gefechte bei Idstedt und Jübek keine offizielle Bestätigung gefunden, der Obrist Herzog von Württemberg, den man seinen Wunden erlegen glaubte, befindet sich besser und die heutigen Telegramme melden das höchst wichtige Ereigniß der Einnahme der Düppeler Schanzen, als Gerücht. Der Telegraph berichtet von Kämpfen bei Bau und Kupfermühle. Es sind das zwei Orte, nördlich von Flensburg, wo die Oesterreicher und Preußen die Arriergarde der Dänen erreicht haben dürften. Näheres ist noch nicht bekannt. Das Gerücht, es sei den Preußen gelungen, die Düppeler Schanzen zu nehmen, und die Dänen von Alsen abzuschneiden, muß sich noch bestätigen. Es wäre das sehr wichtig, denn es bedeutet die Zertrümmerung der dänischen Armee. In der Bestätigung dieser Nachricht ruht der Schwerpunkt der militärischen Situation.

Die Energie, mit welcher die Allirten den flüchtigen Dänen nachsetzen, soll in Kopenhagen große Aufregung hervorgerufen haben; aber die Verblüfftheit John Bull's über die unerwartete Ereigniß scheint kaum geringer zu sein. Lord Palmerston pflegt seine Zunge sonst besser in der Gewalt zu haben, als in der letzten Unterhausitzung, wo wir statt des kalten Sarkasmus, den wir an ihm gewohnt sind, Zornausbrüche aus seinem Munde zu hören bekamen, die nichts beweisen, als daß Ihrer Majestät erster Lord des Schatzes durch die Vorgänge in Schleswig etwas aus dem gewohnten Geleise seines egoistischen Phlegma's gerückt ist. Er hat die Proklamirung des Herzogs Friedrich unter dem Schutze der preussischen Waffen für eine „Vorbrüchigkeit“ erklärt. Hoffentlich werden auf diese Impertinenz weder Graf Rechberg noch Herr v. Bismarck die Antwort schuldig bleiben.

Die Düppeler Schanzen (Sonderburg, Alsen.)

Das Sundewitt, eine Art Halbinsel zwischen dem Flensburger und dem Apenrader Fjord oder Meerbusen, ist ein schöner, sehr fruchtbarer Theil der Ostküste mit der Pracht der Wälder und der üppigen Bodenkultur, welche jene Striche Schleswigs auszeichnet, aber dadurch auch die Verzweiflung des Strategen wird, der mit Massen operiren will und sich durch unzählige, Felder und Wiesen nebartig bedeckende Gräben, Hecken und Wälle gezwungen sieht, seine Truppen in kleine Gefechtskörper aufzulösen, die zerstreut, einer unmittelbaren Oberleitung bar, auf eigene Faust zu operiren genöthigt werden. Eine Verwendung von Kavallerie ist kaum denkbar. Nur zwei

praktikable Wege führen nach Sonderburg, die Flensburger und die Apenrader Chaussee. Dieses, der dänischen Stellung äußerst günstige platte Vorland erhebt sich jenseits des Dorfes Osterdüppel zu einem beträchtlichen Bergrücken, den Düppeler Höhen, auf deren Kamm man westwärts das ganze reiche Sundewitter Land, vom Benningboud bespült, überschaut, östlich gekehrt, aber einen weiten Blick wirft über das Meer und die reizende Insel Alsen, die eine wahre Perle der Ostsee genannt zu werden verdient. Festland und Insel sind durch den Alsund getrennt, der bei der schmucken Stadt Sonderburg nur 300 Schritte breit und zugleich so klar, ruhig und tief ist, daß ihn die größten Schiffe benützen können.

Der militärische Vortheil dieser örtlichen Beschaffenheit liegt auf der Hand. Der Bergrücken von Düppel, welcher das Vorland vollständig beherrscht, zeichnet die Festung vor, der Raum zwischen dem Kamm und dem Alsund den Lager- und Waffenplatz, die Schiffsbrücke über den Sund den besetzten Brückenkopf, und die Insel Alsen endlich das Reduit einer Armee, welche des weiteren immensen Vortheils genießt, daß sie in einem weiten Halbkreis alle ihre Bewegungen unter der Mitwirkung von Kanonenbooten und Kriegsschiffen ausführen kann. Die Dänen haben diese Günst des Zufalls aufs Klügste ausgenützt. Die Düppeler Höhen sind gegen Westen, also gegen die Seite des Angreifers, vollständig rasirt, auf dem Kamm derselben liegen eine Reihe Erdwerke mit Wällen und Gräben von 20 Fuß Höhe und Breite, zwischen diesen mehrere Batterien mit den schwersten Geschützen armirt, und ist das ganze System so geordnet, daß das Centrum von den Schanzen, die Flanken von der Seeseite vertheidigt werden. Die Schiffsbrücke bei Sonderburg ist mit Brückenköpfen versehen, wovon der dießseitige ein Kronwerk ist. Auf Alsen selbst liegt an geeigneten Stellen eine weitere Reihe Batterien, so daß die gesammte Linie, deren Flanken zwölf Kanonenboote beschützen, über hundert Feuerschlünde schweren Kalibers zählt.

Im letzten Kriege ist mehrfach um den Besitz der Düppeler Höhen gekämpft worden, und jener Boden ist mit dem Blute der verschiedensten deutschen Stämme getränkt. Am 5. Juni 1848 griff die Reichsarmee unter dem Oberbefehl des Generals Wrangel „zu Ehren des Geburtstags des Königs von Hannover“ die Dänen in dem Terrainabschnitt vor den Düppeler Höhen an, bei Müßel, Stenderup und Surliffe. Auf der Rechten sochten die Hannoveraner, die Oldenburger, die Braunschweiger und die Schleswig-Holsteiner, in der Mitte und auf der linken die Preußen. Die Dänen wurden im aufgelösten Gefecht Schritt für Schritt gegen die Höhen, auf ihrem linken Flügel sogar bis in ihre Schanzen gedrängt, dort aber gerietten die deutschen Truppen aus ihrer ganzen Linie in das mörderische Feuer des schweren dänischen Geschützes, das Gefecht wurde abgebrochen, und da die Absicht nicht vorlag, die Schanzen zu stürmen, der Rückzug angetreten, nachdem viel tapferes Blut geflossen war. Glücklicher und von großem Erfolg waren die Angriffe der Baiern und Sachsen den 13. April 1849. In der Frühe dieses Tages überfielen die Baiern unter persönlicher Führung von der Tam's und Aldosser's den Feind und jagten ihn aus seinen Schanzen nach Alsen hinüber. Der linke Flügel, namentlich die wackeren Sachsen, hatte schwere Verluste erlitten, aber der nächste Zweck wurde vollständig erreicht; die Düppeler Höhen waren und blieben bis zu Ende des Feldzugs in den Händen der Reichsarmee, und die Dänen wagten sich über den Sonderburger Brückenkopf nicht hinaus. Ebenso wenig freilich traf die deutsche Armee ernsthafte Anstalten, um Sonderburg zu erobern und die Insel Alsen zu nehmen; ein wirkliches Niederwerfen der dänischen Macht lag nicht in der Absicht der obersten Lenker jener Tage. — Die frühere Situation scheint nunmehr wieder-

gekehrt zu sein, nur weist sie gegen 1849 bedeutende Unterschiede auf; die Düppeler Höhen und der Sonderburger Brückenkopf sind ungleich stärker befestigt und schwerer armirt, als früher und die Insel Alsen mit dem Alseneschloß, Stamm- und Grundbesitz der Augustenburger ist ein Objekt geworden, das mit den Waffen in der Hand unabwieslich genommen werden muß.“ (W.)

„Die Freiheit in Oesterreich“,

so betitelt die „France“ einen Artikel, womit sie die Rede einleitet, welche der Staatsminister am 1. Februar im Hause der Abgeordneten hielt.

„Man sagte ehemals“, ruft das Pariser Blatt aus, „die Freiheit wie in Belgien; bald wird man sagen, ja man sagt es schon jetzt: Die Freiheit wie in Oesterreich. Herr v. Schmerling hat in der Sitzung des Reichsrathes vom 1. Februar eine Rede gehalten, welche ein wahres Manifest freisinniger Politik ist.“

Die „France“ setzt sodann auseinander, was ihr zu dieser Expektation Gelegenheit gegeben, analysirt die einzelnen Theile der ministeriellen Auslassung über die innere Politik, und schließt mit den Worten: „Diese Erklärungen sind außerordentlich wichtig. Da die Freiheit in Oesterreich erst seit Kurzem datirt, ist es natürlich, daß darüber Beredsamkeit der Ansichten besteht, welche ihr Echo in den offiziellen Kreisen haben. Wenn nun die Regierung nach der Erfahrung der drei letzten Jahre auf dem liberalen Wege beharrt, den sie eingeschlagen, muß sie sich bei der Prebe wohl befinden und die Freiheit sie kräftigen, anstatt sie zu schwächen.“

„In jedem Lande und zu jeder Zeit ist es eine große und schwierige Unternehmung, ein konstitutionelles Gouvernement zu gründen. In Oesterreich stößt dieses Beginnen vielleicht auf größere Hindernisse als irgendwo immer. Es handelt sich hier in der That nicht bloß darum, die Freiheit zwei oder drei Parteien zu verleihen, die aus derselben eine Waffe gegen die Regierung machen würden, sondern sie vierzehn oder fünfzehn verschiedenen Nationalitäten zu geben, die sich derselben selbst gegen den Bestand des Reiches bedienen könnten. Diese Nationalitäten, welche dem Absolutismus widerstanden, sollen mit Hilfe der Freiheit mit einander verbunden werden. Es handelt sich darum, das, was berechtigt in ihren Ansprüchen ist, zu achten, während man sie doch alle an einen gemeinsamen Mittelpunkt, ein gemeinsames Vaterland festknüpft; es handelt sich mit einem Worte darum, eine ausgedehnte Monarchie zu regeneriren, die aus Stücken und Stücken jeder Art zusammengesetzt ist, und ein Volk, ein freies Volk aus zwanzig Völkern zu bilden, die vorher kein anderes gemeinsames Band hatten, als die gemeinsame Unterdrückung.“

„Daß Oesterreich in einer solchen Situation, umgeben von solchen Hindernissen, daß es heute, trotz der Verwicklungen in der dänischen Frage, trotz der Bewegung in Deutschland, um sich zu kräftigen, sein liberales Glaubensbekenntniß wiederholt, ist sicherlich einer der glänzendsten und wichtigsten Siege, welche die Freiheit je davon getragen.“

So weit die „France“, und man muß gestehen, das französische Blatt zeigt für unsere Verhältnisse, für die Schwierigkeit unserer inneren Lage ein Verständnis, das leider in Oesterreich selbst nicht allzu häufig zu finden ist. Die Anerkennung des freisinnigen Strebens, der konstitutionellen Entwicklung Oesterreichs im Munde des solchen Franzosen muß in der That für den Oesterreicher nicht wenig schmeichelhaft sein. Bedenkt man überdies die Stellung der „France“, so gewinnt dieselbe noch mehr an Bedeutung. (Oest. Zig.)

28. Sitzung des Herrenhauses

am 8. Februar.

(Schluß.)

Finanzminister v. P l e n e r: Es ergebe sich im Laufe des Jahres, daß die Kontrols-Kommission über verschiedene Wahrnehmungen dem Finanzministerium entsprechende Mittheilung macht, daß das Finanzministerium diese Wahrnehmungen entgegennimmt und sich bereit findet, den Ansichten der Kommission beizupflichten. In einem solchen Falle genügt es, wenn die Kontrols-Kommission dieß als eine vollbrachte Thatsache in ihrem Berichte aufführt und den Häusern mittheilt. Es können aber Fälle eintreten, die an sich wichtiger sind, und wo keine Uebereinstimmung zwischen der Kommission und der Finanzverwaltung erzielt wurde. In solchen Fällen hat die Kommission ihren Bericht und ihre Anträge an den Reichsrath zu stellen, damit Anordnungen getroffen werden. Solche Anträge können nur erledigt werden durch einen Beschluß beider Häuser und nur dann maßgebend sein, wenn sie vereinbart sind, denn nach dem Grundgesetze steht die Kontrolle der Staatsschuld dem Reichsrathe als Gesamt-Körperschaft zu. Jetzt käme noch die Stellung der Regierung diesen Beschlüssen gegenüber in Betracht; entweder stimmt sie den Anschauungen beider Häuser bei, dann wird es nicht notwendig, einen legislativen Akt herbeizuführen, oder sie stimmt ihnen nicht bei, dann tritt der Fall ein, diesen Gegenstand im legislativen Weg zu regeln und der Reichsrath wird in die Lage kommen, der Kontrols-Kommission den Auftrag zu geben, einen Gesetzentwurf vorzulegen, oder es wird die Regierung die Initiative ergreifen und ihn selbst vorlegen. Die Praxis werde dahin führen, daß der Reichsrath die ihm zustehende Kontrolle in dieser Weise handhaben wird. Sollte es sich aber zeigen, daß auf diesem Wege nicht Vereinbarungen erzielt werden, dann werde der Antrag Lichtenfels aufgenommen und ein Gesetz zur Ergänzung des Staatsschulden-Kontrolls-Gesetzes erlassen werden; was aber den vorliegenden Akt betreffe, so glaube er, daß der korrekte Weg der sei, in die Verhandlung einzugehen. Diese werde zeigen, in welchen Punkten beide Häuser übereinstimmen und wo die Regierung zustimme oder nicht. Ein legislativer Akt, auch in formeller Beziehung, dürfte gegenwärtig nicht gerechtfertigt sein.

Berichterstatter Freiherr v. H e n n e t vertheidigt die Form des Ausschussesantrages und weist darauf hin, daß auch das Abgeordnetenhaus sich dahin erklärt habe, daß über die Beschlüsse eine Vereinbarung nicht notwendig sei. Er sei also gegen die Vertagung.

Es wird zur Abstimmung über den Vertagungsantrag geschritten und bleibt derselbe in der Minorität. Es wird zur Spezialdebatte geschritten.

1. Antrag lautet: „Die Umwandlung der in österr. Währung ausgestellten Staatsschuldverschreibungen in, auf Konventionsmünze lautende Obligationen ist der Allerhöchsten Entschliebung vom 3. September 1858 zuwider und hätte vermieden werden sollen.“

Finanzminister v. P l e n e r: Er wolle nur bemerken, daß die vorgekommenen Umwandlungen in Obligationen auf Konv.-Münze nur über Ansuchen einiger ausländischer Häuser gemacht wurden, diese einzelnen Fälle waren, was die Ziffer betrifft, von keinem Belang und werden auch nie mehr vorkommen. Wo sie geschehen sind, war eine besondere Rücksicht geboten. Was das Meritum der Sache betrifft, befinde er sich ganz in Uebereinstimmung mit dem Kommissionsantrage.

Graf T h u n: Wenn es sich um bloße Mittheilung an die Regierung handelt, sei er gegen den Antrag, da er keine Veranlassung findet, der Regierung eine Rüge zu geben.

Freiherr v. B a u m g a r t n e r: Der Antrag der Finanzkommission stimme in Wesenheit mit dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses überein, und wenn dieß geschieht, sei ein weiterer Akt nach dem Sinne der Verfassung nicht nöthig. Der Reichsrath stimmt dann in der Ansicht überein, daß ein Konvertiren der Schuld in Konv.-Münze nicht zulässig sei und dieß sei vollkommen genügend.

Graf H a r t i g spricht für die Fassung der Finanzkommission, da dasselbe erreicht ist, wenn man sagt, „das soll nicht mehr geschehen“, wie das Abgeordnetenhaus sagte, oder „das hätte nicht geschehen sollen“, wie die Finanzkommission beantragt.

Der Antrag der Finanzkommission wird angenommen.

2. Antrag, lautend: „Die im Wege der Staatsslotterien zu Wohlthätigkeitszwecken eingegangenen Summen hätten nicht in die schwebende Schuld aufgenommen werden sollen“, wird nach einer kurzen Erläuterung des Finanzministers ohne Debatte angenommen.

Antrag 3, lautend: „Die Vermehrung der in Folge des mit Allerhöchster Entschliebung vom 24. Juni 1851 aufgenommenen Anlehens Serie A ur-

sprünglich ausgegebenen, mit 2½% verzinlichen Obligationen per 17,288,500 fl. auf 20,885,000 fl. entspricht nicht dem Wortlaute dieser Allerhöchsten Entschliebung“, wird nach der Erklärung des Finanzministers, daß seit 1853 dieß nicht mehr geschehen und früher nur aus den Rückichten für das Ausland, welche er schon früher anführte, geschehen sei.

Bei Antrag 4, lautend: „Die in dem Finanzgesetze für das Jahr 1863, pag. 333 R.-O.-B., in der Staatsschuld D unter e erscheinende Benennung: „Laudemialentschädigungsrenten“ ist im nächsten Finanzgesetze in die richtige: „Zinsen für die Laudemialentschädigung“ umzuändern“, erklärt sich der Finanzminister mit der beantragten Stylisirung einverstanden, macht aber darauf aufmerksam, ob es statthaft sei, jetzt zu beschließen, wie das nächste Finanzgesetz stylisirt sein soll, worauf der Antrag angenommen wird.

Bei Antrag 5, lautend: „Die Anfschiebung der Ueberschüsse einzelner Grundentlastungsfonde ist nicht in Ordnung gewesen“, erklärt der Finanzminister, es sei richtig, daß die Ueberschüsse hätten nicht an sich gezogen werden sollen, aber finanzielle Rücksichten machten es früher notwendig. Jetzt finde es nicht mehr statt, vielmehr sei die Regierung bemüht, diese Ueberschüsse so rasch als möglich zurückzuzahlen. — Der Antrag wird sodann angenommen.

Antrag 6 lautet: „In den Staatsschuldverschreibungen, welche in Folge der mit Ministerial-Kundmachung vom 26. Oktober 1858, Nr. 190 R.-O.-B., eingeleiteten Konvertirung auf österr. Währung, in letzterer ausgefertigt werden, ist, da solche gegenwärtig nur mit einem späteren Datum, als das Gesetz vom 13. December 1862, Nr. 96 R.-O.-B., ausgestellt werden können, ersichtlich zu machen, daß dieselben der im §. 13 dieses Gesetzes vorgeschriebenen Gegenzeichnung der reichsräthlichen Schulden-Kontrolls-Kommission nicht unterliegen.“

Finanzminister v. P l e n e r erklärt die Auffassung der Kontrols-Kommission in diesem Punkte als richtig, daß sie nicht die Mitfertigung verlange. Die Forderung, die beantragte Klausel anzubringen, sei mit technischen Schwierigkeiten verbunden, könnte auch im Publikum zu Mißverständnissen Anlaß geben und habe eigentlich gar keinen Werth. Er beantragt daher, das Haus möge auf diesen Antrag nicht eingehen.

Freiherr v. B a u m g a r t n e r vertheidigt die Ansicht der Kontrols-Kommission und sagt, das Publikum könnte gegen Obligationen Anstand nehmen, wenn es Obligationen vom Jahre 1862 erhält, welche keine Kontrafignirung haben. Es sei also notwendig, daß auf solchen ersichtlich gemacht werde, daß diese der Kontrafignirung des Reichsrathes nicht bedürfen.

Finanzminister v. P l e n e r bemerkt, daß jetzt schon 18 Millionen nicht gefertigter ohne Klausel bestehen. Wenn die nächsten mit der Klausel versehen werden, dann erst würde das Publikum mißtrauisch werden. Die ausgegebenen einzuziehen sei aber gar nicht möglich.

Der Kommissionsantrag wird hierauf angenommen.

Antrag 7 lautet: „Die Abwicklung des mit der privilegierten österreichischen Nationalbank abgeschlossenen Depotgeschäftes, vermöge welchem derselben 3,106,000 fl. Lotterianlehens-Obligationen vom J. 1860 gegen einen Vorschuß von 1,850,000 fl. verpfändet sind, hätte, wo möglich, mit dem nächsten Verfallstermine, hingegen jene des Depots des Staates in Silber sogleich einzutreten, weil nach §. 62 der neuen Bankstatuten solche Geschäfte zwischen der Finanzverwaltung und der Nationalbank nicht gestattet sind.“

Finanzminister v. P l e n e r. Was den ersten Punkt betrifft, so werde das Geschäft abgewickelt werden, sobald es die Staatsfinanzen gestatten, was in kurzer Zeit der Fall sei. Was den zweiten Punkt betrifft, so komme es da auf eine Auslegung der Bankstatuten an. Das Geschäft sei für die Bank ganz ungefährlich, wicke sich übrigens so ab, daß es in kürzester Zeit ganz abgewickelt sein werde.

Der Antrag wird angenommen.

Antrag 8 lautet: „Jede wie immer geartete Vermehrung der schwebenden Staatsschuld, also auch jener durch Depotgeschäfte, bedarf, in soweit nicht auf Grund des §. 13 des Staatsgrundgesetzes nach Zulass der verfassungsmäßigen Beschränkungen eine Ausnahme Platz greift, zu ihrem rechtswirksamen Bestande der Zustimmung des Reichsrathes.“

Freih. v. L i c h t e n f e l s bekämpft den hier ausgesprochenen Grundsatz, weist auf §. 10 der Verfassung hin, wo es heißt, daß neue Anlehen der Zustimmung des Reichsrathes bedürfen. Es sei aber ein Unterschied zwischen neuen Anlehen und Depot-Geschäften, welche für kurze Dauer abgeschlossen werden. Nach der Verfassung sei also der Antrag nicht berechtigt und könnte nur durch Interpretation hinein gelegt werden. Eine Verfassungsfrage könne man aber nicht auf diese Weise lösen. Redner weist noch auf die Nothwendigkeit von Depotgeschäften für die Finanzverwaltung hin, wenn sie nicht in Zahlungsstockung gerathen oder große Verluste durch Hintan-

gabe der Obligationen zu niedern Kursen erleiden will und stellt den Antrag, das Haus wolle beschließen, es sei in den vom Abgeordnetenhaus über diesen Gegenstand gefaßten Beschluß nicht einzugehen. (Wird unterstützt.)

Fürst S a l m: Er halte Depotgeschäfte bloß für Manipulationsfache, welche nicht Fall für Fall vom Reichsrathe beschlossen werden könne, was auch für den Kredit gar nicht ersprießlich wäre. Er müsse deshalb dem Antrage des Vorredners beistimmen.

Graf Leo T h u n: Der Antrag Lichtenfels sei negativ, also nach der Geschäftsordnung nicht zulässig. Durch einfache Ablehnung des Kommissionsantrages würde das Haus dasselbe erreichen. Uebrigens sei er mit der Ansicht des Antragstellers einverstanden.

Staatsminister v. S c h m e r l i n g: Er habe zu erklären, daß die Regierung vollkommen die Anschauungen des Freiherrn v. Lichtenfels theile. Sie habe über den vorliegenden Gegenstand sich bereits im Finanzausschusse des Abgeordnetenhauses ausgesprochen, als dort ein ähnlicher Passus zur Aufnahme in das Finanzgesetz beantragt wurde. Wenn die Regierung diesem Passus bei Erledigung des Jahresberichtes der Kontrols-Kommission im Abgeordnetenhaus nicht entgegentrat, so geschah es, weil es sich dort nicht um eine Interpretation, sondern bloß um eine Anschauung des Abgeordnetenhauses handelte. Da aber gegenwärtig die prinzipielle Frage aufgeworfen wurde, so müsse die Regierung erklären, daß sie vollkommen mit den von Freiherrn v. Lichtenfels entwickelten Ansichten übereinstimme. Sie glaube auch, daß eine Auslegung des §. 10 nicht nebenbei geschehen könne und es sich empfehlen würde, darüber hinauszugehen. Für das laufende Jahr werde jede Besorgnis dadurch behoben sein, daß, wie dem Hause bekannt sei, die schwebende Schuld für das nächste Jahr geregelt ist, daß also Nachtheile nicht zu besorgen sind. Dadurch, daß die schwebende Schuld unter die Kontrolle des Reichsrathes gestellt ist, ist genügende Garantie geboten, daß kein Mißbrauch geschehen könne. Er empfehle, den Kommissionsantrag nicht anzunehmen und den formellen Bedenken des Grafen Thun dadurch Rechnung zu tragen, daß dieser Absatz einfach abgelehnt wird.

Freiherr v. B a u m g a r t n e r: Die Staatsschuldenkommission habe unterschieden zwischen den Depotgeschäften, durch welche die schwebende Schuld vergrößert wird und solche, durch welche es nicht geschieht. Auf die ersten hat sie ihren Antrag bezogen. Dahin gehören namentlich die Ausgabe von Salinen, welche auch Depotgeschäfte sind, da das Geld auf ein Depot gegeben wird. Die Vermehrung dieser sei übrigens auch schon gesetzlich begrenzt.

Staatsminister v. S c h m e r l i n g bemerkt noch, daß es sich für die Regierung nicht darum handle, wie die Depotgeschäfte geregelt werden sollen, sondern, daß der allgemeine Satz: „Die Vermehrung der schwebenden Schuld bedürfe der Zustimmung des Reichsrathes“, nicht ausgesprochen werde, weil er eine Auslegung der Verfassung involvire.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Lichtenfels und ebenso der Antrag der Kommission abgelehnt.

Antrag 9 lautend: „Die Verpfändung der dem lomb.-venet. Amortisationsfonde gehörigen 3,500,000 Gulden österr. Währ.-Obligationen gegen einen mit Ende Juni 1863 fälligen Vorschuß von 1,000,000 fl. in Silber kann nicht als ein ordnungsmäßiger Vorgang angenommen werden, da dieser Fond seine eigene gesetzliche Bestimmung hat — und ist dieses Geschäft wo möglich — mit dem Verfallstage abzuwickeln“, wird ohne Debatte angenommen.

Schluß der Sitzung 3 Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch.

82. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 9. Februar.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Paffer, P l e n e r, Burger, Hein.

Nach Vorlesung des Protokolls und Mittheilung der Einläufe ergreift

Finanzminister v. P l e n e r das Wort. Es sei dem hohen Hause bekannt, daß die Vollziehung des Art. 13 des Gesetzes über die Staatsschuldenkontrolle unausführbar geworden ist, indem sich herausstellte, daß es nicht möglich ist, daß der Vorsigende und ein Mitglied der Kontrols-Kommission jedes Exemplar der auszugebenden Salinenscheine unterfertigt. Er lege deshalb einen Gesetzentwurf vor, dahin gehend, der Art. 13 des Staatsschuldenkontrollgesetzes sei dahin abzuändern, daß die Fertigung der Kontrols-Kommission durch Stampiglie geschieht. Der Minister macht noch auf die Dringlichkeit des Gegenstandes aufmerksam und

beschließt das Haus, den Ausschuß zu beantragen, schon in der morgigen Sitzung über diese Regierungsvorlage Bericht zu erstatten.

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

Auf derselben steht der Bericht der gemischten Konferenzkommission über die Differenzen, welche im Budget noch zwischen den beiden Häusern obwalten.

Berichterstatter Dr. Laschek verliest den Bericht. Es konnte keine Uebereinstimmung erzielt werden und die Kommission beschloß zu beantragen, daß bei den noch bestehenden Differenzen die kleinere Ziffer in den Staatsvoranschlag eingestellt werde.

Das Haus nimmt die auf Grund dieses Prinzips verifizirten Zifferansätze, sowie das vereinbarte Finanzgesetz ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung an.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Finanzanschlusses über die Anträge des siebenbürgischen Abgeordneten Barittu, einige Wünsche und Aufforderungen an das Handelsministerium betreffend.

Berichterstatter Freib. v. Doblhoff liest den Bericht. Der Ausschuss glaubt, daß die arifurirten Wünsche und Erwartungen des Abgeordneten Barittu sich in der einen Erwartung aussprechen lassen:

„Die hohe Regierung wolle im wohlverstandenen Interesse Oesterreichs wie der Donaufürstenthümer einen Weg einschlagen, der, ohne in die staatlichen Verwicklungen jener Länder einzugreifen, Vereinbarungen gestatte, die im Allgemeinen die nachbarlichen Beziehungen freundlicher gestalten, die Hemmnisse freien Verkehrs beseitigen und die hierzu dienlichen Anstalten fördern.“

deren Annahme er beantragt.

Ferner beantragt der Ausschuss, die Erwartung auszusprechen: „daß den durch die kaiserlichen Organe ausgeübten, besonders für die Grenzbewohner Siebenbürgens lästigen Paboisverpressungen ein Ziel gesetzt werden möge.“

Die Anträge der Kommission werden ohne Debatte angenommen.

Da die Tagesordnung erschöpft ist, wird die Sitzung geschlossen.

Oesterreich.

Wien. Wie hiesige Blätter vernehmen, haben Sr. Majestät der Kaiser den tapferen Obersten des Regiments König der Belgier, Prinzen Württemberg, zum General-Major, und den Oberstlieutenant Illschitz zum Obersten befördert. Die Beförderung ward den Betreffenden auf telegraphischem Wege bekannt gegeben.

— Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna haben dem Prager St. Ludmilla-Frauenvereine 200 Gulden zu Spenden gerührt.

Wien, 9. Februar. G. C. Wir freuen uns, anzeigen zu können, daß die neuesten telegraphischen Nachrichten (von heute Morgen) über das Besinden des O. M. Prinzen Wilhelm v. Württemberg im Ganzen günstig lauten. Die Aerzte geben viele Hoffnung, das Leben des heldenmüthigen Kriegers zu retten. Seine Verwundung ist keineswegs eine absolut lebensgefährliche.

G. C. Legationsrath Graf Reverera, der kais. österreichische Zivillommissär für Schleswig, ist am 9. d. auf seinen Posten abgegangen.

— Nach der neuesten Meldung aus dem österreichischen Hauptquartier Frörup, 8. Februar, sind die bisher ermittelten Verluste bei der Verfolgung der Dänen am 6.: 27 Offiziere, 626 Mann todt und verwundet.

Triest, 6. Februar. Seit gestern haben wir hier eine zweite Auflage des Winters; der Sturm war so stark, daß der Levante-Dampfer in der Bucht von St. Andre vor Anker gehen mußte. Heute gestellte sich dazu auch ein starker Schneefall. Dies beinträchtigte sehr das Leichenbegängniß des verstorbenen Fürsten Petrulla, dessen irdische Hülle aus der entferntesten Villa Zanchi in der benachbarten Kirche beigesetzt wurde, um dann von dort nach Palermo eingeschifft zu werden. Das hinterlassene Vermögen des Fürsten ist bedeutend: 80,000 Dukaten Renten und 200,000 fl. in österreichischen Staatspapieren. Zum Universalerben hat er seinen Verwandten, den Fürsten Ruffo Pinlatelli in Rom, ernannt; seine Gemalin soll lebenslänglich eine jährliche Rente von 12,000 Dukaten genießen. Seinem Leibkutscher hat der Fürst 1000 fl. jährlich und seine Equipagen und Pferde vermacht.

Triest, 10. Februar. Der bisherige Bezirksleiter in Görz, Herr Statthaltererath von Bosizio, ist zur Dienstleistung bei der hiesigen k. l. Statthalterei einberufen, und der Rath der Landesregierung in Laibach, Herr Baron Kübeck, an seiner Stelle mit der Leitung des Bezirksamtes Görz beauftragt worden.

Ausland.

Aus Paris wird vom 5. Februar geschrieben: „Was die Ablenkung des allgemeinen Interesses von den innern Fragen auf die äußern anbelangt, so thut dem Kaiser der deutsch-dänische Feldzug denselben Dienst, als wie, wenn Frankreich selbst in einen Krieg

verwickelt worden wäre. Man hat hier beinahe für gar nichts Anders Sinn, als für Berichte vom Kriegsschauplatz. Die heutigen Blätter und unter ihnen besonders die „France“ bezeichnen die Stellung der Dänen als unhaltbar und erklären im Vorhinein (!), daß die Ehre der dänischen Truppen selbst im Falle einer Niederlage gerettet bleiben wird, da der Armee des Königs Christian eine große Uebermacht gegenüberstehe. Der „Moniteur“ veröffentlicht heute gelegentlich der Mittheilung der mexikanischen Korrespondenz eine Stelle aus einem Briefe des Erzherzogs Ferdinand Max an den General Almonte, aus welcher unzweifelhaft hervorgeht, daß die Annahme der Krone von Seite des Erzherzogs eine definitive sei.

Die durch die Blätter gehende Nachricht, daß von Seite der Turiner Regierung ein Protest an die österreichische wegen der Rüstungen im Venezianischen abgegangen sei, kann ich Ihnen auf das Bestimmteste als unrichtig bezeichnen, und wird es Ihnen in Wien ein Leichtes sein, zu erfahren, daß ein solcher Protest daselbst nicht eingelaufen. Die heutige „France“, welche nähere Mittheilungen über die österreichisch-preussische Konvention erhalten zu haben scheint, bezeichnet diese als sehr verfaulst und besonders den Artikel, nach welchem keiner der beiden Vertragsmächte ohne der Zustimmung der andern das Recht zustehe, Frieden zu schließen oder die Waffen zu strecken, als sehr elastisch.“

Brüssel, 4. Februar. Der „Bair. Ztg.“ wird geschrieben: Sr. Majestät der König ist im Begriff, sich wieder nach London zu begeben, wo dessen weiser Rath in der so schwierigen politischen Situation von der Königin und den Ministern zu vernehmen gewünscht werden soll. Wie ich aus guter Quelle vernehme, ist König Leopold keineswegs über die Zukunft beruhigt, und sieht noch große über Schleswig-Holstein hinausgreifende Ereignisse voraus. Für Ihre k. Hoheit die Herzogin von Brabant sind die Kirchengedebte wegen glücklicher Niederkunft, die im Frühjahr erwartet wird, angeordnet worden. Der Prinz Karl von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg ist mit Gemalin hier angekommen und im Hotel Belle-vue abgestiegen. Ihre Anwesenheit wird aber vom hiesigen Hofe völlig ignoriert.

London, 9. Februar. In der gestrigen Unterhausung erwiederte Lord Palmerston auf eine Interpellation Lord Cecil's: England habe wegen der Proklamirung des Herzogs von Augustenburg unter dem Schutze des preussischen Heeres als einer Vortbrüchigkeit remonstrirt. Preußen erwiederte, es mißbillige die Proklamirung und werde dagegen in Schleswig einschreiten; Holstein aber stehe mit der Kontrolle des Bundes. Weiter sagte Lord Palmerston:

Preußens am Donnerstag vorgelesene Depesche sei unklar, doch resultire daraus, daß jedenfalls die Großmächte konsultirt werden sollen. Die Theorie von der Vertragsungültigkeit nach Kriegsausbruch sei widersinnig und unehrenhaft und mache die Traktate ferner unwirksam, da jede Großmacht, wenn sie der Traktate müde, Feindseligkeiten gegen Schwächere beginnen könnte. Preußen habe nach Ausbruch der Feindseligkeiten seine Festhaltung an 1852 hierher gemeldet.

Dem „Moniteur“ wird aus New-York gemeldet: Wir haben sehr befriedigende Nachrichten aus Mexiko. General Bazaine ist am 5. Jänner an der Spitze von 14,000 Mann in Guadalajara eingerückt. Uraga steht in Colima mit 4000 Mann, welche von allen Seiten umzingelt sind; man kann also sagen, daß das ganze Land durch die Intervention besetzt ist. Alle hegen den glühenden Wunsch nach der baldigen Ankunft Maximilians I.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 11. Februar.

Nächste Woche wird, wie wir vernehmen, die philharmonische Gesellschaft ein großes Concert zum Besten der verwundeten Oesterreicher in der Armee für Schleswig-Holstein im Theater geben, dessen patriotischer Zweck voraussichtlich einen sehr zahlreichen Besuch veranlassen wird.

— Wie wir hören, veranstalten auch die vereinigten Schützen, Turner und Säger während der heurigen Fastenzeit in den Lokalitäten des bürgerlichen Schützenvereins eine Soirée, deren Reinertrag, zum Besten unserer wackeren verwundeten Krieger in Schleswig bestimmt, ungesäumt an den Ort seiner Bestimmung abgeführt werden wird. Der so oft bewährte Patriotismus Laibachs wird sich sicher auch bei dieser Gelegenheit glänzend bewähren.

— Morgen Abend findet im Redentengebäude die dritte Quartettmusikproduktion Statt. Zur Ausführung kommen: Quartett in D-dur von Mozart, Quartett in E-moll von Mendelssohn und Quintett in C-dur von Beethoven.

— Am 7. v. M. Abends wurde das ebenerdige Zimmer des Handlungskommiss J. S. in der Kapuziner-Vorstadt Nr. 65 durch unbekannte Thäter mit-

teilst eines Stemmeisens gewaltsam erbrochen und daraus 15 fl. in Silber, 1 Dukaten, eine silberne Uhr und ein Rock gestohlen.

(Veränderungen im Clerus der Laibacher Diöcese.) Herr Fr. Pevec, Pfarrer in Gurk, ist am 1. d. M. gestorben. Die erledigte Stelle wurde am 5. d. M. ausgeschrieben.

Wiener Nachrichten.

Wien, 9. Februar.

Einer hier angelangten Privatdepesche entnehmen wir, daß Feldmarschall-Lieutenant Gahlenz in dem letzten Gefechte von einer Kugel getroffen wurde, und daß er die Erhaltung seines Lebens der Schnalle seines Webrgehanges zu danken hat, an welcher die Flintenkugel abprallte.

— Die Wunde des Generalmajors Herzog von Württemberg soll durch eine Kugel erfolgt sein, die den tapfern Soldaten im Gesichte traf. Die Wunde ist nicht gefährlich, doch dürfte die Heilung längere Zeit in Anspruch nehmen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

Wien, 11. Februar. Vom Kriegsschauplatz nichts Neues. Wrangel tritt politischen Demonstrationen entgegen. Die Dänen willigen in die Londoner Konferenzen bezüglich der Herzogthümer. England schlägt Waffenstillstand vor. Preußen lehnt ab. Der dänische General de Meza wurde wegen Eigenmächtigkeit durch Lüttichau ersetzt.

Dresden, 9. Februar. Dem heutigen „Dresdener Journal“ zufolge hätte Dänemark mittels einer am 5. d. M. von Kopenhagen abgegangenen Depesche eine europäische Konferenz unter Bethheiligung des deutschen Bundes beantragt.

Berlin, 9. Februar. Kopenhagener Privatbriefe melden, daß am 4. dort die beunruhigendsten Nachrichten aus dem Lager verbreitet waren, so wie daß am 5. der König das Lager verlassen habe. Aus einer Depesche des Oberkommando erhellte, daß die Dänen am 6. einen allgemeinen Angriff erwarteten. Im Lager war die Nachricht von der bevorstehenden Ankunft der Schweden verbreitet.

Berlin, 9. Februar (Abends). Aus dem österreichischen Hauptquartier zu Frörup wird von heute Vormittag gemeldet: Die Oesterreicher kantoniren zwischen Frörup und Flensburg. Die Schleifung der Dannewerke wurde beschlossen; die Desarmirung hat bereits begonnen. Die Oesterreicher und Preußen theilten die Geschütze. Das preussische Hauptquartier befindet sich in Flensburg. An Gefangenen sind neun Offiziere und 605 dänische Soldaten, dann über 500 Verwundete von Deverset in Schleswig eingebracht worden. Die Oesterreicher nehmen keinerlei Einfluß auf Administration und Polizei. — Starker Schneefall.

Das Befinden des Obersten Prinz Württemberg ist gut.

Hamburg, 8. Februar (Abends). Das Gerücht, daß die Preußen von Glücksburg aus bei Holdnäs nach Düppel übergesetzt, die schwach besetzten Düppeler Schanzen genommen hätten und mit dem Gros des Korps auf Apenrade gerückt seien, um der retirirenden dänischen Armee den Weg nach Jütland abzuschneiden, gewinnt immer mehr an Boden.

Hamburg, 9. Februar. Die „Hamburger Nachrichten“ bringen einen Brief aus Flensburg. Das Hauptquartier des F. M. Wrangel befindet sich noch daselbst.

Prinz Friedrich Karl ist in Glücksburg. Eine preussische Gardedivision ist auf Vorposten bei Bau. Ein Gefecht ist nicht vorgefallen.

Vom Norden treffen fortwährend dänische Gefangene ein. Auf Befehl des F. M. Wrangel wurden die deutschen Fahnen eingezogen. Die Schleswig-holsteinischen wehen ungebändert.

Hamburg, 9. Februar. Die Blokade deutscher Häfen wird aus Kopenhagen als sicher gemeldet.

Altona, 9. Februar. Die Nachricht von einem Straßenkampfe in Flensburg ist falsch. Die Preußen sind Sonntags 9 Uhr in Flensburg eingezogen. Nachts vorher haben die Dänen die Stadt verlassen. In Flensburg wurden zwölf Transportschiffe genommen. Der Ausgang des Kampfes bei Bau von gestern war beim Abgang der Post noch unbekannt. Flensburg ist mit Flaggen geschmückt; Abends sollte illuminirt werden.

In Holstein und Schleswig ist tiefer Schnee. — Der Eisenbahnzug von Rendsburg ist wegen eines Zusammenstoßes erst gestern Abends 10 Uhr diesen Morgen 4 Uhr in Altona angelangt.

Rendsburg, 8. Februar, 12 Uhr 30 Min. N. M. Die Alurten machen bei Verfolgung der Dänen große

Beute. Sie nahmen die dänische Feldpost. Der blutige Kampf bei Bau und Kupfermühle dauert fort.

Nendeburg, 9. Februar. Bei dem Eisenbahn-zusammenstoße von heute Nachts bei Herrl. wobei sich österreichische Verwundete im Zuge befanden, sind keine schweren Verletzungen vorgekommen.

Kiel, 8. Februar (Mittags). In der Stadt Schleswig wurden als provisorische Beamte eingesetzt: der ehemalige Kriegsminister Jacobson zum Amtmann von Gottorf, die Herren Hütter und Advokat Wittenroth als Stadtschreiber, Graf Adalbert Vaudissin als Postmeister, Amtssekretär Römer als Hardevoigt.

Schleswig, 8. Februar. Es war die Absicht des dänischen Kommandeurs, vor dem Abzuge das Schloss Gottorf zu sprengen und das Magazin anzuzünden. Beides unterblieb auf Befehl des Königs, seine Vaterstadt zu schonen. Die Zahl der zurückgelassenen Positionsgeschütze wird auf 120 angegeben.

Schleswig, 9. Februar. Es sind viele gefangene Dänen eingebracht worden. Fast sämtliche Offiziere des ersten dänischen Linienbataillons sind gefallen oder verwundet. — Bei dem Eisenbahnzusammenstoße waren zwei Wagen österreichischer Verwundeter.

Suez, 1. Februar. Nachrichten aus Shanghai zufolge gewinnen die Kaiserlichen an Terrain. General Rhode hat die Stadt Woo-Si eingenommen.

Nachrichten aus Japan melden, daß Prinz Saltjuma den Engländern die Entschädigung gezahlt und Konzessionen gemacht habe.

Nachrichten aus Melbourne vom 24. Decem-

ber melden, daß die Maoris eine erstickliche Niederlage auf Neu-Seeland erlitten und 200 Gefangene verloren haben.

Markt- und Geschäftsberichte.

Laibach, 10. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 16 Wagen mit Holz.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Megen fl. — (Magazin-Preis fl. 5.73); Korn fl. — (Mg. Pr. fl. 3.60); Gerste fl. — (Mg. Pr. fl. 3.8); Hafer fl. — (Mg. Pr. fl. 2.43); Halbfucht fl. — (Mg. Pr. fl. 4.—); Heiden fl. — (Mg. Pr. fl. 2.67); Hirse fl. — (Mg. Pr. fl. 3.4); Aukurug fl. — (Mg. Pr. fl. 3.66); Erdäpfel fl. — (Mg. Pr. fl. —); Linsen fl. 4.20 (Mg. Pr. fl. —); Erbsen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Bifolen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Rindschmalz pr. Pfund kr. 55, Schweineschmalz kr. 37; Speck, frisch kr. 24, detto geräuchert kr. 37; Butter kr. 50; Eier pr. Stück kr. 2½; Milch (ordinär) pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 18—22, Kalbfleisch kr. 21, Schweinefleisch kr. 21, Schöpfensfleisch kr. —; Hühner pr. Stück kr. 28, Tauben kr. 15; Heu pr. Ztr. fl. 1.10 bis fl. 1.50, Stroh kr. 70—90; Holz, hartes 30', pr. Klafter fl. 8, detto weiches fl. 6; Wein (Mg. Pr.) rother und weißer, pr. Eimer fl. 11 bis 14.

Neustadt, 8. Februar.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Megen fl. 4.96; Korn fl. 2.66; Gerste fl. 2.40; Hafer fl. 1.80; Halbfucht fl. 3.10; Heiden fl. 2.66; Hirse

fl. 2.70; Aukurug fl. 2.76; Erdäpfel fl. 2.—; Linsen fl. 6.40; Erbsen fl. 6.40; Bifolen fl. 4.96; Rindschmalz pr. Pfund kr. 45, Schweineschmalz kr. 40; Speck, frisch kr. 30, detto geräuchert kr. 35; Butter kr. 40; Eier pr. Stück kr. 1½; Milch pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 19, Kalbfleisch kr. 26, Schweinefleisch kr. 22, Schöpfensfleisch kr. —; Hühner pr. Stück kr. 33, Tauben kr. 25; Heu pr. Ztr. fl. 3.—, Stroh fl. 1.40; Holz, hartes, pr. Klafter fl. 6.30, detto weiches fl. —; Wein, rother, pr. Eimer fl. 5, detto weißer fl. 4.

Für die verwundeten Oesterreicher

in der schleswig-holsteinischen Armee sind bis jetzt beim Stadtmagistrate folgende Beträge eingegangen:

Von Herrn Polizeidirektor Bezdek	5 fl.
" " Statthalterei-Sekretär Tschik	3 "
" " Bürgermeister Ambrosch	5 "
" Frau Gräfin Blagai	25 "
Summa	38 fl.

Theater.

Heute Donnerstag: Zum ersten Male: **Der Neffe im Speiskastl**. Singspiel in 1 Akt, von J. Böhm. Musik von Karl Kleiber. Herr Liebwerth als Gast. Hierauf: **Komm' her!** Dramatische Aufgabe in 1 Akt, von Glöckl. Zum Schluß: **Zehn Mädchen und kein Mann**. Operette in 1 Akt.

Morgen Freitag: Geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr. Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg in Laibach.

Börsenbericht.

Wien, den 9. Februar.

Die Börse eröffnete günstig und schloß munter, ohne daß jedoch in den Kursen eine erhebliche Aenderung zu verzeichnen wäre. Fondspreise behaupteten sich gut, nur das Geschäft ziemlich stille; bloß in Kreditlofen zeigten sich verhältnismäßig mehr Umsatz zu unbedeutend billigeren Preisen. Wechsel auf fremde Plätze und Silber schlossen genau wie gestern. Goldmünzen um eine kleinen Bruchtheil theurer. Geld flüssig.

Öffentliche Schuld.		Geld Waar.		Geld Waar.		Wechsel.									
A. des Staates (für 100 fl.)		Böhmen	5 %	92.50	93.50	Galiz. Karl-Ludw.-Bahn	300 fl.	196.—	196.25	Palfy	zu 40 fl. G.M.	33—	33.50		
In österr. Währung zu 5%		Steierm., Kärnt. u. Krain	5 "	87.50	88.50	Öst. Don.-Dampfsch.-Ges.	500 fl.	427.—	429.—	Clary	" 40 " "	31.75	32.25		
5% Anl. v. 1861 mit Rückz. 96.—		Mähren	5 "	93.50	91.—	Österr. Lloyd in Triest	500 fl.	224.—	226.—	St. Genois	" 40 " "	29.50	30.—		
ohne Abschritt 1862 94.75		Schlesien	5 "	88.—	88.50	Wien Dampfm.-Akt.	500 fl.	440.—	450.—	Windischgrätz	" 20 " "	19.25	19.75		
National-Anleihen mit		Ungarn	5 "	74.—	74.50	Bezir. Kettenbrücke		388.—	390.—	Waltstein	" 20 " "	20.—	20.50		
Zinns-Coupons " 5%		Em. Van., Kro. u. Slav.	5 "	72.—	72.50	Böhm. Westbahn zu 200 fl.		153.—	153.50	Reglisch	" 10 " "	15.—	15.50		
National-Anleihen mit		Galizien	5 "	71.75	72.—	Eisenbahn-Aktien 200 fl. G. M.		147.—	—	Wechsel.					
April-Coupons " 5 "		Siebenbürgen	5 "	71.50	72.75	m. 140 fl. (70%) Einzahlung.		—	—	3 Monate.					
Metalliques " 5 "		Bukowina	5 "	70.50	71.—	Pfandbriefe (für 100 fl.)									
ditto mit Nat.-Comp. " 5 "		" m. d. Berl.-St. 1867	5 "	70.90	72.75	National- 10jährige v. 3.		101.75	102.25	Augsburg für 100 fl. südd. W.	102—	102.25	Geld Waar		
ditto " 4 1/2 "		Venetianisches Anl. 1859	5 "	93—	94.—	G. M. vertesbare		90.—	90.25	Frankfurt a. M. ditto	102.10	102.25	Geld Waar		
mit Verzinsung v. Jahre 1839		Aktien (pr. Stück.)			Nationalbank	774.—	775.—	Nationalb. auf 3 W. verlosb. 5	85.90	86.10	Hamburg für 100 Mark Banco	90.20	90.40	Geld Waar	
" " 1854		Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. W.	179.60	179.70	R. d. Gecom.-Bef. 3. 500 fl. d. W.	663—	664.—	Angarische Boden-Credit-Anstalt	88.40	88.60	Lond. u. für 10 Pf. Sterling	119.50	119.75	Geld Waar	
" " 1860 zu		R. d. Ferd.-Nordb. 3. 1000 u. G.M.	1734.—	1739.—	R. d. Gecom.-Bef. 3. 500 fl. d. W.	663—	664.—	Loose (pr. Stück)		Paris für 100 Francs	47.30	47.40	Geld Waar		
" " zu 100 fl.		Staats-Ges. zu 200 fl. G.M.	193.50	194.—	Kais. Glif.-Bahn zu 200 fl. G.M.	132.50	132.75	red.-Anstalt für Handel u. Gew.		Cours der Goldsorten.					
Como-Rentensch. zu 42 L. austr.		Süd-nord-Verb.-B. 200 "	125.75	126.—	Süd-nord-Verb.-B. 200 "	125.75	126.—	zu 100 fl. d. W.		Geld Waar					
B der Kronländer (für 100 fl.)		Süd. Staats-Ges. lomb.-ven. n. centr.	249—	250.—	ital. Eis 200 fl. d. W. 500 Fr.	249—	250.—	zu 100 fl. d. W.		K. Münz-Dufaten 5 fl. 75 kr. 5 fl. 76 Mr					
Grundentlastungs-Obligati-nen.		ital. Eis 200 fl. d. W. 500 Fr.	249—	250.—					Den. Dampfsch. G. zu 100 fl. G.M.		Kronen " 16 " 70 " 16 " 73 "				
Nieder-Oesterreich zu 5%										Städtgem. Dien " 40 " d. W.		Napoleon'scher " 9 " 65 " 9 " 67 "			
Ob. u. Ost. und Salz. zu 5%										Hirzbay " 40 " "		Rus. Imperials " 9 " 89 " 9 " 90 "			
										Zalm " 40 " "		Bereitsbaler " 1 " 80 " 1 " 80 1/2 "			

Telegraphische

Effekten- und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien den 10. Februar 1864.

5% Metalliques	71.90	1860-er Anleihe	92.10
5% Nat.-Anl. 80.05	Silber	119.	
Banlianzen	777.—	London	119.10
Kreditaktien	181.—	R. f. Dufaten	5.72

Fremden - Anzeige.

Den 9. Februar.
Stadt Wien.
Herr Dittler, Kaufmann, von Wien.
Wilder Mann.
Herr Seidel, k. k. Hofgestülts-Kontroler, von Pilsbrunn.
Vaterlicher Hof.
Die Herren: Baumowitsch, Gutbesitzer, von Semlin. — Gget, Handlungsreisender von Wien. — Stranekly, Handelsmann, von Idria.

(275—1) Nr. 2817.

Edikt.

Mit Bezug auf den hieramtlichen Bescheid von 17. Oktober 1863, Z. 2817, wird kund gemacht, daß sich bei der Iten und Zien Teilbietung der im Grundbuche der Herrschaft Landspreis sub Urb.-Nr. 7 1/2 vorkommenden, gerichtlich auf 977 fl. 60 kr. bewerteten, dem Jakob Andolschek von Reichsdorf gehörigen Realität kein Kaufzulager gemeldet hat, man daher am

24. Februar d. J., um 11 Uhr Vormittags zur letzten Teilbietung schreiben wird.

K. k. Bezirksamt Treffen, als Gericht, am 26. Jänner 1864.

(209—3) Nr. 3533.

Edikt.

Vom k. k. Bezirksamte Krainburg, als Gericht, wird bekannt gemacht:

Es seien in der Exekutionssache des Matthäus Sporn von Lokarje gegen Barthl. Konz von Goritsche pcto. 630 fl. c. s. e. zur Vornahme der dem Letztern gehörigen, im Grundbuche Höflein sub Urb.-Nr. 336 vorkommenden, auf 2156 fl. bewerteten Drittelhube in Goritsche die drei neuerlichen Teilbietungstermine auf den

24. Februar,
30. März und
29. April 1864.

von 9 bis 12 Uhr Vormittags, in der Gerichtskanzlei angeordnet worden, bei deren ersten beiden die Realität nur um oder über den Schätzungswert, bei der letzten aber auch unter demselben hintanzugeben werden wird.

Der Grundbuchsericht, das Schätzungprotokoll und die Lizitationsbedingungen erliegen hiesigerorts zur Einsicht.

K. k. Bezirksamt Krainburg, als Gericht, den 24. Oktober 1863.

(261—2)

Im Hause Nr. 27 am Kongressplatze, neben der Klosterfrauenkirche, ist für Georgi d. J. im ersten Stock eine große Wohnung — fogleich aber ein Magazin zu vermietthen.

Näheres beim Hauseigentümer, Gradijska Vorstadt Nr. 41, allwo auch 2 möblierte Zimmer und ein großer Keller zu beziehen sind.

(276—1)

Eröffnung einer Preßgerm-Niederlage.

Im Hause Nr. 164 am alten Markt ist aus der k. k. ausschließlich priv. Ersten Klein-Schwechater Preßhese-Fabrik in Wien beim gefertigten I. Vid. Preßhese um 40 Kr. d. W., und bei größerer Abnahme zu dem Fabrikpreise pr. Wiener Zentner à fl. 30 ab Wien, zu bekommen. Zugleich bietet der Unterzeichnete die gebrachten Konsumenten um zahlreichen Zuspruch, da er jederzeit frische Waare am Lager haben wird.
Laibach am 8. Februar 1864.

Matth. Oitzinger.

(230—3)

Ein größeres Gut in Krain wird fogleich zu kaufen gesucht.

Gefällige Anträge und detaillirte Beschreibungen wollen dem Comptoir des G. A. Richmayr am Postplage Nr. 178 in Graz eingesendet werden.

(255—2)

Fichten-Pech

für Bräuer, rein und unverfälscht wie selten zu bekommen, ist durch Josef Hecht aus Marburg, der Zentner pr. 22 fl. österr. Währ., zu beziehen.